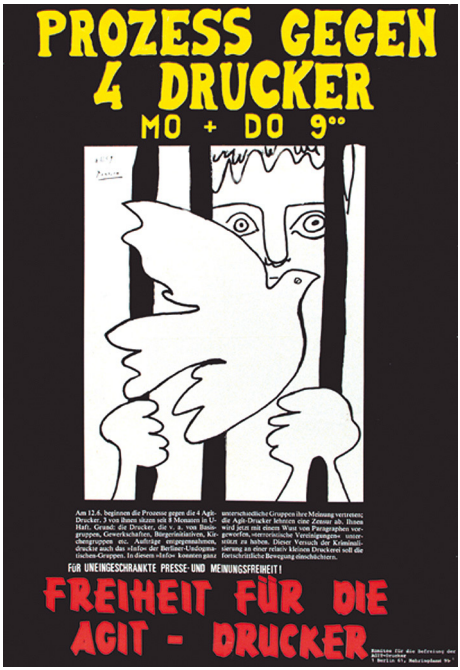
Julia Klopstein

»Prozess« und »Knast«

Die Roten Hilfen in Westberlin im Spiegel ihrer Veröffentlichungen



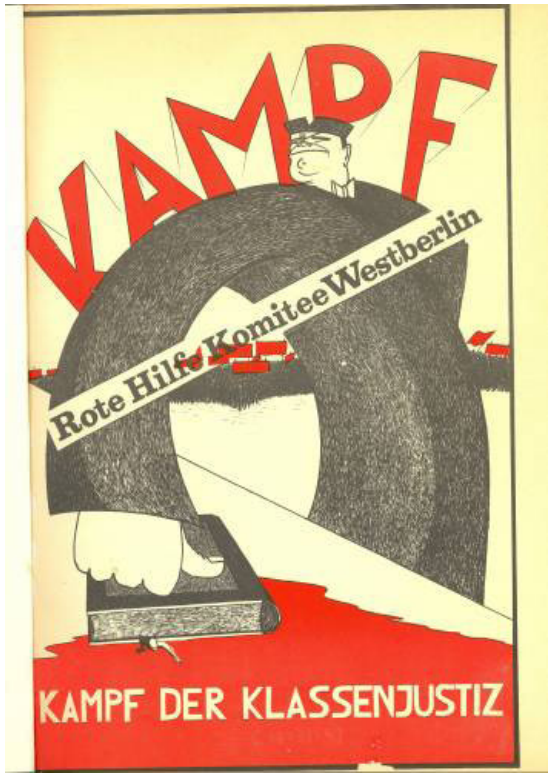
Plakat 1978

In Westberlin wurde zu Beginn des Jahres 1970 die erste Rote Hilfe gegründet. Doch nur ein halbes Jahr nach ihrer Gründung spaltete sich die Gruppe. Ab dem Jahr 1971 agierten zwei Rote Hilfen in der Stadt. Von der ursprünglich undogmatischen rh★ spalteten sich diejenigen ab, die sich eine Rote Hilfe nur in enger Zusammenarbeit mit der KPD-AO vorstellen konnten und gründeten das *Rote Hilfe Komitee* das 1973 nach Annahme von Statut und Programm zur Roten Hilfe e.V. (RHeV) wurde. Sie war zentral organisiert und in Landesverbände unterteilt. Ab Januar 1974 ließen sich vier verschiedene Ortsgruppen in Westberlin finden: Moabit, Wedding, Neukölln und Kreuzberg, die in einem gemeinsamen Landesverband zusammengeschlossen waren. Im Verlauf ihrer Existenz gab es drei Mitgliederversammlungen, auf denen Rechenschaftsberichte veröffentlicht wurden.

Gleichzeitig existierte die Rote Hilfe Westberlin, die der undogmatischen Szenerie entstammte, weiter. Auch für diese Gruppe stellte das Jahr 1973 eine Zäsur dar: Sie erklärte ihr überregionales Engagement mit der Aufgabe der Koordinierungsfunktion an der nationalen Zeitung der RH für beendet und zog sich damit auf Westberlin als hauptsächlichen Wirkungsraum zurück. Beide Gruppen waren in der Folge für die Entwicklung in Westberlin prägend.

Zwischen den beiden Roten Hilfen wurden immer wieder lebhaft Vorwürfe ausgetauscht. Die RHeV formulierte in einem offenen Brief »an die verschiedenen örtlichen Rote Hilfe Initiativen, die den Vorwurf des Spaltertums gegen uns erheben«. Konkret machte sie darin klar: »Wir sind eine überparteiliche Solidaritätsorganisation der Arbeiterklasse, in der jeder, der Programm und Statut anerkennt, mit arbeiten kann. […] Was uns aber von der Roten Hilfe Stephanstraße und anderen RH [...] unterscheidet, ist folgendes: niemals haben wir an der entscheidenden Rolle der Arbeiterklasse im Klassenkampf gezweifelt.«[2] Gleichzeitig warf sie den anderen Gruppen vor, dass für keine dieser Gruppen »bisher ein verbindliches Programm für ihre Arbeit« bestünde. »Meist mehr Diskussionszirkel als arbeitende Gruppe, verstünden sie sich als ‚undogmatischer Teil' der Linken«[3] und seien gekennzeichnet von »reformistischen Illusionen« und von der »Verherrlichung massenfeindlicher, terroristischer Aktionen«.[4] Damit grenzte sich die RHeV

eindeutig von der Roten Hilfe Stephanstraße ab, die im *Sozialistischen Zentrum* in Moabit ansässig war. Diese wiederum warf der RHeV im Gegenzug vor, durch ihre Fraktionierung jegliche Arbeit einzustellen: »Unsere Isolation wird nur durchbrochen, wenn Alternativen aufgezeigt werden […]. Die ideologischen Unterschiede zur RAF, KPD spielen dabei keine Rolle. […] Die RAF hat wie die KPD und andere MLs den Fehler gemacht, die Isolation der gesamten Linken in der BRD theoretisch zu überziehen«.[5] Auch in den folgenden Jahren übten beide Rote Hilfe Gruppen immer wieder in ihren Veröffentlichungen Kritik an der Politik der anderen Seite. So war eine gemeinsame Arbeit in Westberlin bis Ende 1977 nicht möglich.



Titelbild einer Broschüre des Rote Hilfe Komitees West-Berlin 1973

Veröffentlichungen der Roten Hilfen in Westberlin

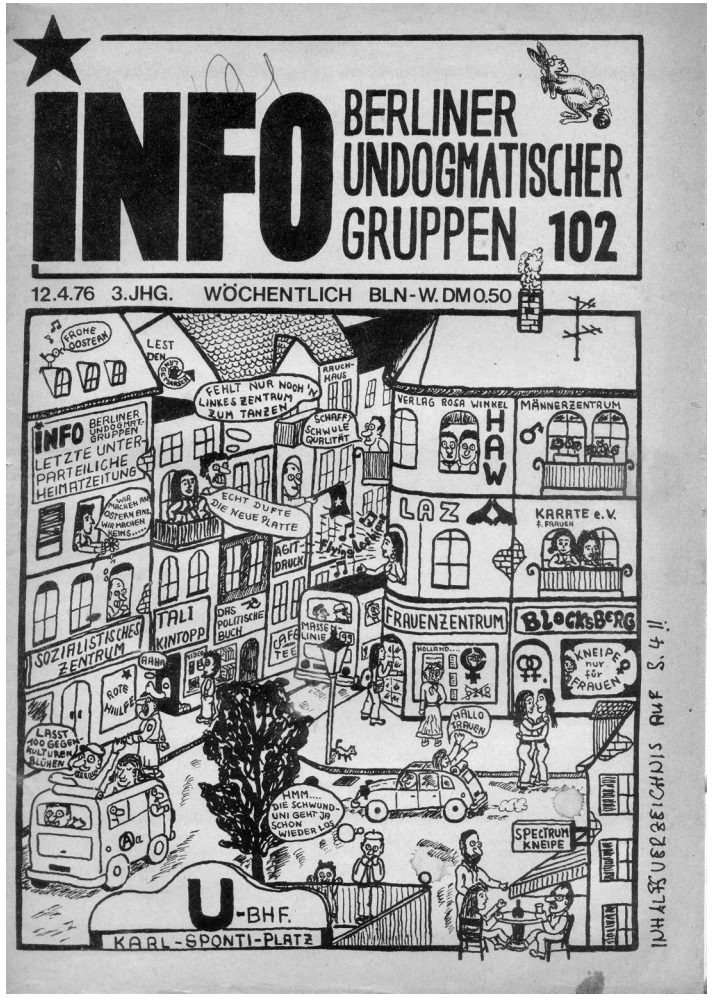
Für die Zeit zwischen 1970 – 79 können den Roten Hilfen in Westberlin über 50 Broschüren zugerechnet werden. Etwa die Hälfte aller bislang nachweisbaren 850 Flugblätter der RH stammt aus dieser Stadt.

Die Broschüren widmeten sich verschiedenen Themenfeldern. Neben allgemeinen Informationen, wie sie in den Rechenschaftsberichten der RHeV oder Informationspapieren der undogmatischen rh★ zu finden sind, nahm die Dokumentation, zu Strafprozessen, einen großen Raum ein. Aus dem Anspruch der Roten Hilfen, gegen die »Klassenjustiz« Stellung zu nehmen, wurden die jeweils aktuellen Prozesse vor- oder nachbereitet. So wurden Broschüren zu den Strafprozessen gegen Bewegungsprominente, wie Horst Mahler, Peter-Paul Zahl und Dieter Kunzelmann, ebenso wie zu einigen der KPD/AO zurechenbaren Aktivisten Herbert Marks, Dieter Hänisch, Christian Heinrich und Sieghard Gummelt veröffentlicht. Der Prozess gegen die sechs Inhaftierten der *Bewegung 2. Juni,* Ronald Fritzsch, Gerald Klöpper, Till Meyer, Ralf Reinders, Fritz Teufel und Andreas Vogel, wurde in mehreren Broschüren behandelt. Außerdem wurden auch allgemeine juristische Fragen erläutert, die die radikale Linke betrafen, beispielsweise die »Kronzeugenregelung«, der »Verteidigerausschuß« und das Problem der »politischen Verteidigung«. Im Jahre 1975 publizierte die rh★ Westberlin die Broschüre *Ausschluß der Verteidiger – wie und warum? Dokumente und Analysen zur politischen Strafjustiz seit 1945*. Sie wurde vom Merve-Verlag in die Reihe *Internationale marxistische Diskussion* aufgenommen. Im gleichen Jahr erschien unter dem Titel *Denen ist es egal, ob es der Wahrheit entspricht* eine Broschüre, die sich den Kronzeugen in Prozessen widmete. Diese Themen wurden zudem immer wieder im Rahmen von Veröffentlichungen im *Info-BUG* bearbeitet.

Aber auch grundsätzliche Fragen zur politischen Situation und zur Politik der Linken wurden thematisiert. So war 1976 das neu erlassene Polizeigesetz Thema mehrerer Broschüren. Außerdem wurde generell die Politik der Linken reflektiert, auch die Frage der Stellung zur RAF und die Solidaritätsfrage spielten eine große Rolle.

Ein weiterer großer Aspekt, neben dem Bereich Prozesse, war der Bereich Haftsituation und »Knast«. Neben den Themen »Folter«, »Isolationshaft« und dem »Kontaktsperregesetz« wurden auch einzelne Fälle detailliert betrachtet, so beispielsweise Ronald Fritzsch und Gerald Klöpper oder Manfred Grashof, Wolfgang Grundmann und Klaus Jünschke.

Neben den Broschüren verfügten beide Gruppen über weitere Publikationsmöglichkeiten. Bis 1974 wurde von der undogmatischen rh★ die *Zeitschrift rote hilfe*★ herausgegeben, die jedoch mit Beendigung der überregionalen Arbeit eingestellt wurde. Von diesem Zeitpunkt an veröffentlichte die rh★ viele Berichte und Artikel in der Zeitschrift *Info-BUG*, in der sich ab der Nummer 62 von Mitte Juni 1975 die Rubrik »Nachrichten, Informationen, Meinungen« der rh★ finden ließ.



Titelbild Info-Bug 1976

Nachdem das *Info-BUG* 1978 verschwand, begann die rh★ in der Zeitschrift Radikal zu veröffentlichen. Die RHeV begann im Oktober 1973 eine eigene Zeitschrift mit dem Titel *Rote Hilfe. Zeitschrift der Roten Hilfe* herauszugeben. Ab 1977 wurde diese Veröffentlichung durch das Prozessinfo ergänzt. Die letzte Ausgabe der Rote Hilfe erschien im September 1978, die letzte Ausgabe des *Prozessinfos* im September 1979.

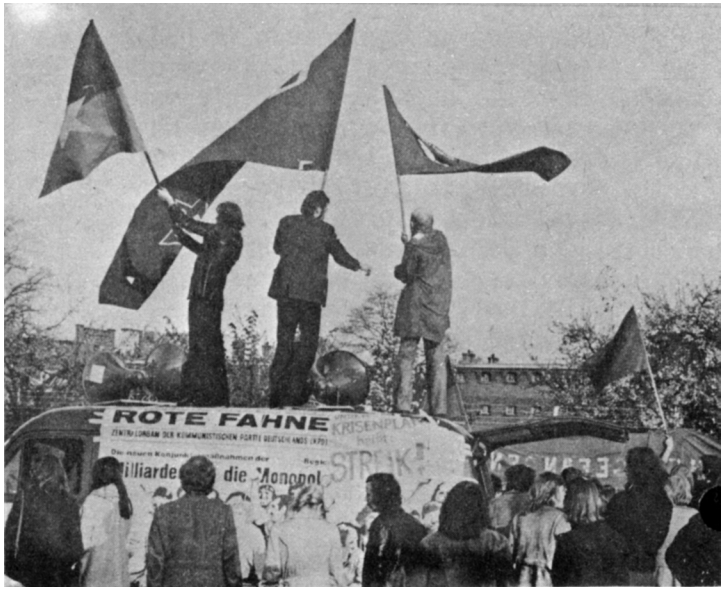
Die von den Gruppen veröffentlichten Broschüren und Zeitschriften zu den Themenbereichen »Prozesse« und »Knast«, stellten den weitaus größten Teil der Veröffentlichungen dar.

Die Praxisfelder der Roten Hilfen in Westberlin

Die Schwerpunktsetzung auf »Prozesse« und »Knast« lässt sich auch an den Praxisfeldern der Roten Hilfen zeigen. Ein Vergleich der Tätigkeiten zeigt, dass sich Gemeinsamkeiten und Differenzen festhalten lassen.

Bis zum Eintritt Horst Mahlers in die RHeV war dieser für beide Roten Hilfen in der Stadt ein prominentes Publikationsthema. Anlässlich des zweiten Strafprozesses gegen Mahler, der Ende Februar1973 mit der Verhängung einer Gefängnisstrafe zu 12 Jahren endete, gab die rh★ die Broschüre *Plädoyer einer politischen Verteidigung. Reden und Mitschriften aus dem Mahler-Prozess* heraus. Sie basierte wesentlich auf den Beiträgen der beiden Strafverteidiger Schily und Ströbele. Kurz zuvor hatte die RHeV unter dem Titel *Kampf der Klassenjustiz. Mahler-Prozess. Der Schlag der Reaktion gilt dem Proletariat* ebenfalls eine Broschüre zum Mahler-Prozess herausgebracht. Nach dem Eintritt Mahlers im September 1974 in die RHeV widmete die undogmatische rh★ diesem keine Broschüre mehr, dafür engagierte sich die RHeV umso mehr. Von beiden Gruppen besetzt war auch das Thema »Knast«.

Gab die rh★ Westberlin die Broschüre *Das Komplott zwischen Gerichtspsychiatrie und Justiz. Die Theorie der deutschen Gerichtspsychiatrie und der Versuch ihrer besonderen Anwendung gegen Ulrike Meinhof* heraus, so veröffentlichte die RHeV in der ersten Ausgabe ihrer Mitteilungen von 1973 den Artikel »Die faschistische Zwangsbehandlung von Ulrike Meinhof muß unterbleiben«.

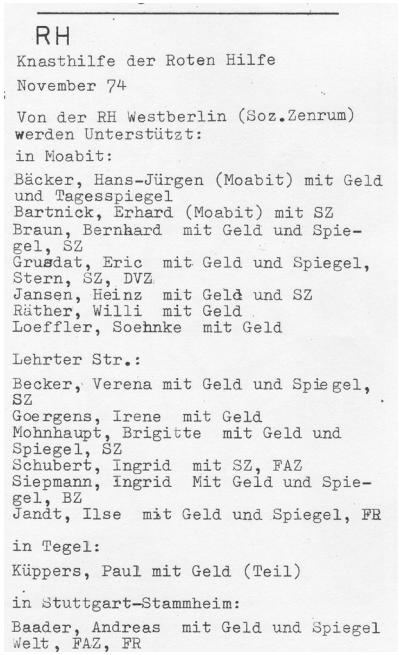


Kundgebung der RHeV zum 1. Mai 1974 vor der JVA Tegel

Berichtete die rh★ über »Terror im Knast. Dokumentation«, präsentierte die RHeV im Rahmen ihrer Zeitschrift *Rote Hilfe* eine Reihe von Artikeln über die Haftsituation von Katharina Hammerschmidt und die Gefängniskorrespondenz aus Tegel unter dem Titel »Schluß mit der Isolationsfolter. Für eine ausreichende Medizinische Versorgung aller Gefangenen«.[6]

Demonstration der RHeV zum Gefängnistod von Holger Meins im November 1974

Mit der »Knasthilfe« hatte sich die rh★ aber einen eigenen Schwerpunkt gesetzt, zu dem sie sich intensiv engagierte. Zu diesem Thema wurden verschiedene Broschüren veröffentlicht, beispielsweise *Isolationshaft in Tegel, Haus III*. Auch in vielen Berichten in Zeitschriften und Flugblättern wurde dieses Thema aufgenommen und über Zustände und aktuelle Ereignisse berichtet. Die Forderungen der Gefangenen nach besseren Haftbedingungen unterstützten sie durch Spendenaufrufe und direkte Aktionen. Dabei schien ihre Unterstützung nicht an bestimmte Voraussetzungen geknüpft gewesen zu sein, denn es tauchten sowohl bekannte Namen wie Gudrun Ensslin oder Andreas Baader als auch unbekannte Personen wie Margarete Czenki oder Willi Rätker auf. Eine Übersicht über die geleistete finanzielle Unterstützung findet sich in einer Liste vom November 1974, auf der eine Reihe von Namen aufgeführt sind, die sowohl finanziell als auch durch das Abonnement von Zeitschriften durch die rh★ unterstützt wurden. Im November 1975 erhielten insgesamt 24 Personen direkte Unterstützung.



RH
Knasthilfe der Roten Hilfe
November 74

Von der RH Westberlin (Soz.Zenrum)
werden Unterstützt:
in Moabit:

Bäcker, Hans-Jürgen (Moabit) mit Geld
und Tagesspiegel
Bartnick, Erhard (Moabit) mit SZ
Braun, Bernhard mit Geld und Spie-
gel, SZ
Grusdat, Eric mit Geld und Spiegel,
Stern, SZ, DVZ
Jansen, Heinz mit Geld und SZ
Räther, Willi mit Geld
Loeffler, Soehnke mit Geld

Lehrter Str.:

Becker, Verena mit Geld und Spiegel,
SZ
Goergens, Irene mit Geld
Mohnhaupt, Brigitte mit Geld und
Spiegel, SZ
Schubert, Ingrid mit SZ, FAZ
Siepmann, Ingrid Mit Geld und Spie-
gel, BZ
Jandt, Ilse mit Geld und Spiegel, FR

in Tegel:

Küppers, Paul mit Geld (Teil)

in Stuttgart-Stammheim:

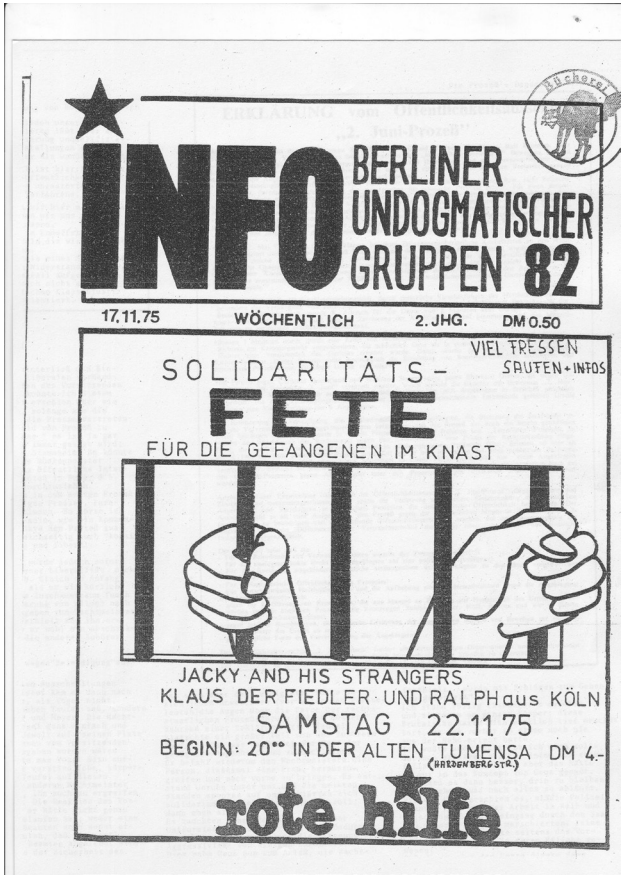
Baader, Andreas mit Geld und Spiegel
Welt, FAZ, FR

Aufstellung im Info-Bug vom 6. Januar 1975

Die rh★ veröffentlichte mit *P.P. Zahl – Reden vor Gericht. Angaben zur Person, Massenkampf und Guerilla oder Solidarität mit den Genossen der RAF. Widerstand gegen die Klassenjustiz*, auch Schriften die sich mit dem »bewaffneten Kampf« befassten. Während die RHeV, die Mitglieder aus dem Untergrund agierender Gruppen nur geringfügig unterstützte, hatte die rh★ einen anderen Bezug zu den Gruppen. Obwohl sie betonten, dass ihre Unterstützung nicht bedeutete, diese Vorstellung von Politik zu teilen, waren die Gruppen Teil ihrer Solidaritätsarbeit. Dies zeigte sich auch 1974. Die rh★ widmete sich in verschiedenen Berichten im *Info-BUG* ausführlich dem Prozess »wegen der Befreiung des Genossens Andreas Baader im Mai 70«.[7] Im anstehenden Strafverfahren waren Hans-Jürgen Becker, Horst Mahler und Ulrike Meinhof wegen Gefangenenbefreiung angeklagt. Mit einem Rückblick auf das Prozessgeschehen von 1971 übte die *rote hilfe*★ auch gleichzeitig Kritik an anderen: »In der Einschätzung des Prozesses waren sich die meisten revolutionären Linken Gruppen einig, sie trennte sich aber an der Frage konkreter Solidaritätsaktionen. Die […] Parteiorganisationen lehnten solche Aktionen ab und diffamierten die Genossen, die anderer Meinung waren, als Wirrköpfe (kpd/ao)«.[8] Damit zeigte sich auch in der praktischen Arbeit deutlich die Zerworfenheit zwischen den verschiedenen Gruppen. Nachdem der anstehende Prozess genauer betrachtet wurde, übte man erneut Kritik an der RHeV, an der Frage wie konkrete Solidarität aussehen sollte: »Man kann in den Prozeß gehen und den Genossen dadurch seine Solidarität zeigen. […] *Den Massen den Charakter dieses Prozesses vor Augen zu führen* (rh ev) in Form von Flugblättern in Stadtteil und Betrieb ist reine Geldverschwendung: den inhaftierten Genossen nützt es viel mehr, wenn man ihnen das Geld in den Knast schickt.«[9] Die rh★ war der Meinung, dass konkrete Aktionen im Hier und Jetzt unternommen und Widerstand im eigenen Lebensbereich organisiert werden müsse, denn »sie [die Prozesse] richten sich gegen uns alle.«[10]

Die Solidarität zu Mitgliedern bewaffneter Gruppen war für sie nicht ausgeschlossen, und deshalb trat sie auch in direkte Kommunikation mit ihnen, wie sich an der Dokumentation zum Tarifstreit der Berliner Verkehrsbetriebe im *Info-BUG* im Juli 1976 ablesen ließ. Hier wurde neben eigenen Texten auch eine Erklärung der *Revolutionären Zellen* veröffentlicht, gleichzeitig aber auch zwei Ausgaben später Kritik seitens der Roten Hilfe an diesen geübt.[11]

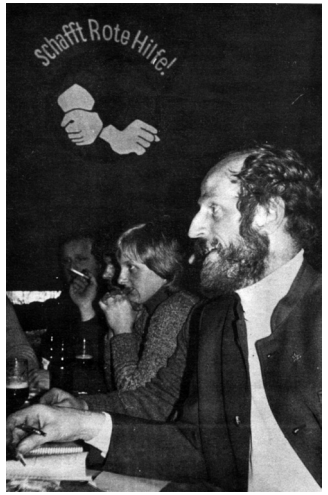
Später engagierte sich die rh★ auch im Prozess gegen Mitglieder der *Bewegung 2. Juni* in den Broschüren »*Leute wie Herold und ich finden immer einen Weg*«. *Bericht über Ronald Fritzsch und Gerald Klöpper, seit 19 Monaten rechtswidrig in Untersuchungshaft, Folter ´77 an Gefangenen aus der Bewegung 2. Juni*. Aber auch die RHeV veröffentlichte verschiedene Publikation zu diesem Prozess, zum einen im *Prozessinfo*, zum anderen auch in ihrer Broschüre *Materialien zum Prozeß gegen Ronald Fritzsch, Gerald Klöpper, Till Meyer, Ralf Reinders, Fritz Teufel und Andreas Vogel.*



Titelbild Info-Bug 1975

Für die RHeV rückten in den Jahren 1973/74 besonders die Prozesse gegen Dieter Kunzelmann in das Zentrum ihres Interesses. In nahezu jeder Ausgabe ihrer Zeitschrift *Rote Hilfe* war Dieter Kunzelmann Thema. Es wurden verschiedene Dokumentationen veröffentlicht, wie *Sofortige Freilassung von Dieter Kunzelmann*, die die RHeV gemeinsam mit dem *Komitee Freiheit für Dieter Kunzelmann* herausgab. Nach Meinung der RHeV handelte es sich erneut um einen Fall von Gesinnungsjustiz der »eine neue Stufe der Klassenjustiz« darstellt: »Isolierung, Schikane, Verweigerung elementarer Rechte […] sollen die Angeklagten von den Kämpfen draußen abtrennen.«[12]

Weitere Themen der RHeV waren im Jahr 1973 der Kampf gegen politische Entlassungen und der Kampf gegen das »reaktionäre Ausländergesetz«, die beide Gegenstand der *Osram-Kampagne* waren. Hier ging es um die Entlassung des türkischen Dolmetschers Mukadder Cetinkaya, der nach Meinung der RHeV deshalb entlassen worden war, weil er die Interessen der Arbeiter vertreten habe. So wusste ein Kollege Cetinkayas zu berichten: »Er setzte sich immer für unsere Rechte ein, versuchte die unberechtigten Lohnabzüge zu verhindern. […] Das gefiel den Kapitalisten nicht«.[13] Außer einer Broschüre, die sich neben der Entlassung auch zur »Unterdrückung der ausländischen Arbeiter«[14] äußerte, organisierte die RHeV gemeinsam mit dem Osram-Solidaritätskomitee eine Solidaritätsaktion, die als großer Erfolg verbucht wurde.[15]



Dieter Kunzelmann auf einer Sitzung der RHeV, vermutlich 1975

Bei den Aktionen und Kampagnen der RHeV trat die enge Verbindung mit der KPD/AO immer wieder zu Tage. Die Mitarbeit im Komitee Hände weg von der KPD oder auch die Broschüre *Stärkt die Klassensolidarität! Kämpft mit der Roten Hilfe! Wählt die KPD Liste 5!* sprachen eine unmissverständliche Sprache. Aber auch Aktionen die sich speziell Mitgliedern der KPD widmeten, und die beispielsweise von der rh★ nicht beachtet wurden, waren weitere Zeichen der Verbundenheit. Hier sei besonders der Kampf gegen die Verurteilungen von Herbert Marks, Sieghard Gummelt und Christian Heinrich zu nennen, die das gesamte Jahr 1975 hindurch eine große Rolle für die RHeV spielten. Alle drei Personen wurden im Rahmen der Bethanien-Kampagne um die Einrichtung einer Kinderpoliklinik in Kreuzberg inhaftiert.

Veranstaltung der RHeV Juli 1974 in Westberlin zur Freilassung von Dieter Kunzelmann, vlnr: Rechtsanwalt Christian Ströbele, Unbekannt, Gerhard Bauer, Hartmut Schmidt, Unbekannt

Im Rahmen dieser Kampagne wurde eine Kinderklinik für Kreuzberg gefordert, um die medizinische Versorgung leisten zu können. Herbert Marks wurde am 12. Februar 1975 im Verlauf einer Demonstration verhaftet und in Moabit inhaftiert. In der Broschüre *Komitee zur sofortigen Freilassung von Herbert Marks* wurde der »Knastalltag«, die Umstände seiner Verhaftung, sein Anliegen und eine Einschätzung des »Polizeiterrors« beschrieben. Sein Fall war auch Gegenstand vieler Berichte in der *Rote Hilfe Zeitung* der RHeV. Es wurden Demonstrationen, Solidaritätsveranstaltungen und Spendenaufrufe unter dem Motto »Herbert Marks

freikämpfen« gestartet.[16] Ab 1976 wurden Christian Heinrich, Vorsitzender des Regionalkomitees der KPD und Sieghard Gummelt, ehemaliger Polizist und Mitglied der RHeV, aufgrund der Teilnahme an der gleichen Kampagne angeklagt. Die RHeV sah den Prozess als Versuch der »Klassenjustiz mit einem Staatsschutzprozeß das Verbot der KPD voranzutreiben«.[17] Zur Unterstützung wurden verschiedene Broschüren in Zusammenarbeit mit der KPD zum Thema gedruckt, wie beispielsweise *Weg mit den Angriffen auf die KPD. Staatsschutzprozeß und Staatsschutzprozeß. Das Terrorurteil muss fallen.* Berichte über das Prozessgeschehen wurden sehr detailliert sowohl in der Organisationszeitung als auch in dem 1977 gegründeten *Prozessinfo*, dargebracht.

Im Vergleich der Tätigkeiten zeigt sich, dass sich beide Gruppen ähnlichen Themen annahmen, diese aber unterschiedlich gestalteten. Für die RHeV war der proletarische Bezugspunkt wichtig. Die rh★ hingegen sah ihre Solidaritätsarbeit nicht an bestimmte Gruppen geknüpft, was sich besonders in ihrer engagierten »Knastarbeit« zeigte, in der sie sowohl bekannte wie auch unbekannte Personen betreute. Generell lässt sich für die Zeit ab 1976 festhalten, dass immer weniger neue Themen, sowohl in den Broschüren als auch in den Zeitschriften der Gruppen, erschienen. Während ab 1977 die eigenständigen Veröffentlichungen zurückgingen, lässt sich eine verstärkte Zusammenarbeit der beiden Gruppierungen festhalten, was besonders deutlich an den gemeinsamen Aktionen im Rahmen des *Agit* Prozesses deutlich wird.

Die Angeklagten Gummelt und Heinrich mit Unterstützerinnen vor dem Gericht in Moabit

Der Agit Prozess – Kooperation beider Roten Hilfen in Westberlin

Plakat Ende 1977

Seit 1977 und dem Deutschen Herbst hatten sich die beiden Roten Hilfen verstärkt einander zugewandt und im November 1977 auch eine gemeinsame Demonstration »Gegen die Sonderbehandlung politischer Gefangener« organisiert.

Gemeinsamer Aufruf der RHeV und der RH_stern zu einer Demonstration am 24.11.1977

Während des *Agit-Drucker* Prozess im Jahr 1978 kam es zu einer Zusammenarbeit. Im Agit Prozess wurden Gerhard Foß, Henning Barckhausen, Jutta Werth und Martin Beikirch, Drucker der Agit Druckerei angeklagt, weil »sie die Zeitung *Info-BUG* gedruckt haben, ohne vorher die Artikel zu begutachten und gegebenenfalls deren Druck zu verweigern«, wie die RHeV die Anklage darlegte.[18] Hinter der Verhaftung der *Agit-Drucker* steckte nach Ansicht der RHeV. die Absicht zu verhindern, »daß sich demokratische, oppositionelle und fortschrittliche Gruppen und Organisationen äußern und sich an die Öffentlichkeit wenden« (Ebd.). Die rh ★ sah hier einen Angriff auf die Presse- und Meinungsfreiheit.

Diese Zusammenarbeit stieß teilweise auf Unverständnis, wie aus der Erklärung »Zum Aktionsbündnis rote rilfe★ Westberlin und Rote Hilfe eV« deutlich wurde: »Vereinzelt reagieren Mitglieder der Sponti-Szene, der undogmatischen Linken mit Verwirrung und Verständnislosigkeit auf den gemeinsamen Aufruf […]«[19] Als Begründung dieser Arbeit wurde angeführt, dass die undogmatische Linke »in den vergangenen Jahren die Situation der politischen Gefangenen immer mehr verdrängt« habe. Im Sinne einer »breiten Einheitsfront« sei die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen notwendig geworden. Weiterhin habe die Demonstration anlässlich der Verhaftung der *Agit-Drucker* bewiesen, »daß es möglich sein kann, trotz bestehender ideologischer Differenzen, trotz Zersplitterung und damit relativer Schwäche der Linken über die Barrieren politischer

Auseinandersetzung hinweg, zu bestimmten – eng begrenzte Themen – eine, gemessen an früherer Zeit relativ starke Einheitsfront zustande zu bringen.«[20]

Die *Agit-Drucker* Kampagne wurde mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln geführt. Es gab Demonstrationen, bei denen ca. 4.600 Menschen für die Freilassung demonstrierten,[21] und Solidaritätsfeten.

Demonstration während des Treffens in Tunix,
Westberlin Ende Januar 1978

Neben unzähligen Zeitschriftenartikeln im *Info-BUG*, der *Roten Hilfe* und dem *Prozessinfo* wurden im Zusammenhang mit dem Prozess drei Broschüren herausgegeben, nämlich *Prozeß gegen 4 Drucker, Urteil vom Agit-Prozeß* und *Denn er weiß war er tut. Dokumentation zum Fall des Ermittlungsrichters Bräutigam*. Die erste Broschüre erschien zum Prozessauftakt und lieferte zunächst eine »Chronologie der Ereignisse« und Informationen über die *Agit-Druckerei* und das *Berliner Info undogmatischer Gruppen*. Gleichzeitig wurde sich mit der Repression im Land auseinandergesetzt.[22] Die Verhaftung der *Agit-Drucker* wurde als »ein Teil der groß angelegten Offensive des ‚Modells Deutschland', um Widerstand in der BRD schon im Keim (vorbeugend) zu ersticken«, verstanden.[23]

Die nächste Broschüre befasste sich mit dem Urteil des Agit Prozess. Hier wurde zunächst über den Prozess berichtet und auch das Urteil ausführlich dargestellt. Neben diesen Berichten ließen sich auch viele Stellungnahmen finden, die alle der Meinung waren »die Presse- und Meinungsfreiheit bleiben bedroht!«[24]

Aufkleber zur Kampagne 1978

Im Urteil des Prozesses wurden Gerhard Foß zu zwölf Monaten Haft und die restlichen drei Angeklagten zu neun Monaten, jeweils ohne Bewährung, verurteilt. Die dritte Broschüre, ein Dokumentation zum Ermittlungsrichter Bräutigam, sollte an diesem Beispiel zeigen wie sich die allgemeine Entwicklung der Eingriffe der Justiz in das politische Geschehen zeigen. Richter Bräutigam war Aussteller des Haftbefehls gegen die *Agit-Drucker* gewesen. Dabei wurde in der Broschüre folgende Stellung dazu bezogen: »Seine in den *MoPo*-Kommentaren [*Morgenpost*] erkennbaren Verdächtigungen gegen alles »Linke« bekamen stellvertretend für tausende von Wohngemeinschafts- und Basisgruppenmitglieder am deutlichsten die *Agit-Drucker* zu spüren, die auf Bräutigams Initiative hin am 17., bzw. am 27.10.1977 verhaftet wurden und […] fast neun Monate unter verschärften Bedingungen in U-Haft gehalten wurden«.[25]

Mit Hilfe der breit angelegten Solidaritätsaktionen, unterstützt von verschiedenen Gruppen und den beiden Roten Hilfen in Westberlin, konnte eine breite Öffentlichkeit erreicht werden, was sich auch an den Zahlen der DemonstrationsteilnehmerInnen ablesen ließ. Auch die RHeV wertete die Arbeit zum Agit Prozess als Erfolg, »die demokratischen Rechte zu verteidigen und Solidarität mit politisch Verfolgten zu üben«. »Ein Beispiel dafür ist in Berlin das Komitee zur Befreiung der *Agit-Drucker*, das von verschiedenen Organisationen u.a. der Roten Hilfe und viele Einzelnen unterstützt wird. Durch regelmäßige und einfallsreiche Öffentlichkeitsarbeit wurde erreicht, dass der Fall der *Agit-Drucker* breit bekannt wurde und dass die *Agit-Drucker* aus der Haft entlassen werden mußten«.[26]

Demonstration vermutlich 1978 zur Freilassung der Agit-Drucker

Das Ende

1979 endeten die nachweisbaren Aktivitäten beider Roten Hilfen. Da die undogmatische rh★ keine formelle Mitgliedschaft kannte, verliefen sich ihre Aktivitäten eher unbemerkt und ließen sich nur durch das Ende ihrer Veröffentlichungen bemerken. Die RHeV veröffentlichte im März 1979 des Prozessinfos eine Erklärung, die ihre Auflösung bekannt gab. Unter dem Titel »Rote Hilfe tut not – aber in zeitgemäßer Form« erklärten die Mitglieder der RHeV, die Rote Hilfe nach sechs-jährigem Bestehen als bundesweite Organisation aufzulösen. Zwar hätte »die Organisierung der Solidarität gegen politische Verfolgung [...] nichts von ihrer Bedeutung verloren«, doch gäbe es inzwischen so viele verschiedene Initiativen, dass »dazu die Rote Hilfe mit ihrem programmatischen Anspruch in ihrer bisherigen Struktur ein Hindernis ist«.[29] Gleichzeitig wurde auch ein Schuldeingeständnis an der Teilung der Roten Hilfe eingeräumt: »Wir stellen jedoch fest, daß die organisatorische Konsequenz, die wir gezogen haben, die Gründung der Roten Hilfe mit Anspruch einer proletarischen Massenorganisation, falsch war und zur Spaltung der bestehenden Kräfte beigetragen hat«.[27] Es lässt sich vermuten, dass viele der engagierten Leute, in die im Jahr 1978 gegründete *Alternative Liste* übergingen,[28] was mit Sicherheit für Dieter Kunzelmann galt, der sich im *Arbeitskreis Demokratie und Recht* engagierte und im Jahr 1983 ins Abgeordnetenhaus in Westberlin gewählt wurde.

Die Spaltung der beiden Roten Hilfen in der Stadt war eher ein Grund für die Schwäche, als dass die verschiedenen Gruppen daraus eine Stärkung bezogen. Ohne die Spaltung, aufgrund von Richtungskämpfen und ideologischen Unterschieden, wäre vermutlich eine bessere Solidaritätsarbeit möglich gewesen. So stellten aber die unterschiedlichen ideologischen Richtungen eine Behinderung in einem von gleichen Themen dominierten Kampf dar. Eine Zusammenarbeit oder ein Zusammenschluss beider Gruppen hätte wohl zu größeren Erfolgsmöglichkeiten geführt: Die gemeinsame Arbeit im Zusammenhang mit dem Prozess gegen die *Agit-Drucker* ist wohl der beste Beleg dafür.

Flugblatt RHeV OG Kreuzberg v. Ende Oktober 1978, Vorderseite

Anmerkungen

1 RHeV RED, Programm und Statut der Roten Hilfe; RED, Die Komitees Hände weg von der KPD sind organisiert aufgelöst - (...) Warum heißt die Perspektive Rote Hilfe?, Nr. 1 v. Oktober 1973, Seite 17-18.
2 RHeV RED, Offener Brief der Roten Hilfe e.V. an die verschiedenen örtlichen Rote Hilfe-Initiativen, die den Vorwurf des »Spaltertums« gegen uns erheben ? Nr. 1 v. Oktober 1973, Seite 19.
3 Ebenda.
4 Ebenda.
5 Rote hilfe★ Westberlin RED, Allgemeines und besonderes, Informationen 0-Nummer, Oktober 1973, Seite 2.
6 Vgl. RHeV, RED, Schluß mit der Isolationsfolter (Astrid Proll, Ulrike Meinhof, Katharina Hammerschmidt), Nr. 2 v. Februar 1974, S. 1; RHeV RED, Für eine ausreichende medizinische Versorgung in Haus III (Flugblatt aus dem Knast mit der Forderung nach Ablösung des Knastarztes Dr. Bortz), Nr. 3 v. März 1974, S. 13
7 rote hilfe Westberlin, Häftlingskollektiv, Infowand, Buchladenkollektiv Savignyplatz, RAF-Prozess (-) Am 10. September beginnt in Westberlin der zweite Prozess wegen der Befreiung des genossen »andreas baader« im Mai 1970, Info-BUG, Nr. 23 v. 9.9.1974, Seite 2.
8 Info-BUG, a. a. O., Seite 2-3.
9 Info-BUG, a. a. O., Seite 4.
10 Ebenda.
11 Revolutionäre Zelle, BVG-Preise um 300.000 DM gesenkt, Info-BUG, Nr. 67 v. 21.7.1975; rote hilfe, An die Revolutionäre Zelle, Info-BUG, Nr. 69 v. 4.8.1975
12 RHeV; Komitee Freiheit für Dieter Kunzelmann!: , Westberlin o. J. (1974), Seite 12; Zentralvorstand der RHeV; Komitee Freiheit für Dieter Kunzelmann!: . Freiheit für alle polit. Gefangenen. Schafft Rote Hilfe. Dokumentation II, Westberlin o. J. (1974),
13 RHeV LV Westberlin, Osram: Fortschrittlicher Dolmetscher entlassen / Streik für die Wiedereinstellung von Mukadder Cetinkaya / 6.30 Uhr – Polizei besetzt Osram – 5 Kollegen verhaftet / Drohungen und Lügen der Geschäftsleitung / Niederlagen in Siege verwandeln, In Zeitung der RHeV Nr. 1 v. Januar 1974 S. 3
14 Ebenda.
15 Zeitung de RHeV, Nr. 1 v. Januar 1974 S. 15.
16 Zeitung de RHeV 3 v. März 1975, März, S. 7.
17 (Flugblatt) RHeV LV Westberlin, Freispruch für die Angeklagten im Bethanienprozeß, (Zu dem am 17. Februar 1976 beginnenden Staatsschutzprozess gegen Christian Heinrich und Sieghard Gummelt)
18 Flugblatt RHeV, u. a. Die Agit-Drucker sind frei / Selbst die Bäume im Otto-Park machen sich für Agit stark (Solidaritätsfest für die Agit-Drucker, Sonntag 23.7 1978. ab 14 Uhr Ottopark)
19 RH « Westberlin, Zum Aktionsbündnis RH Westberlin und RHeV / oder wie dogmatisch sind die undogmatischen?, November 1977 (Flugblatt)
20 RH « Westberlin, Zum Aktionsbündnis …. (Flugblatt)
21 Komitee zur Befreiung der Agit-Drucker (Hg), Prozeß gegen 4 Drucker / Freiheit für die Agit-Drucker 1978, Seite 10.
22 Broschüre Komitee zur Befreiung der Agit-Drucker (Hg),a. a. O., Seite 11.
23 Broschüre Komitee zur Befreiung der Agit-Drucker (Hg),a. a. O., Seite 19.
24 Broschüre Komitee zur Befreiung der Agit-Drucker (Hg),a. a. O., Seite 17.
25 Rh Westberlin; Agit-Druckerei; Agit-Komitee; Aktionskomitee gegen Berufsverbote-FU (AK-FU); Buchladenkollektiv am Savignyplatz; ESG-TU (evang. Studentengemeinde); FHSS-Komitee (Fachhochschule für Sozialarbeit u. -pädagogik); Maulwurf; ÖTV-Fachgruppe Gerichtsreferendare; Politisches Buch, Letzenbergstraße; Zeitschrift Radikal; RHeV; SAK-Jur (Sozialistisches Arbeitskollektiv-Jura); Traumstadt (Hrsg.): Denn Er weiß, was ER tut. Dokumentation zum Fall des Ermittlungsrichters am Kammergericht Bräutigam, alias Riedel…, Westberlin o. J. (1979)», Seite 11.
26 (Flugblatt) RHeV★ OG Kreuzberg, Mit der Alternativen Liste gegen die politische Unterdrückung, o. O. o. J. (1978), (Flugblatt) Seite 2.
27 RHeV, Prozess-Info Nr. 3. v. März 1979/3, Seite 32-33.
28 Ebenda.
29 Vgl. hierzu Flugblatt RHeV OG Kreuzberg: Mit der Alternativen Liste gegen die politische Unterdrückung, o. O. o. J. (1978).